

zent seiner Gesamtinvestitionen in den Ausbau Erneuerbarer Energien fließen lassen. Dies sei zu wenig, um die von der Politik geforderten 35 Prozent an Strom bis zum Jahr 2020 aus Erneuerbaren Energien im unternehmenseigenen Strommix zu decken.

Greenpeace fordert E.ON Chef Teysen auf, Zukunftsverantwortung zu übernehmen. Smid: „Jetzt besteht die historische Chance für einen wirklichen Kurswechsel. Die Errichtung von Offshore-Windparks braucht finanzstarke Großunter-

nehmen, die mutig in Zukunftstechnologien investieren.“ Darin sehe Smid auch die einzige Chance für das Unternehmen, den derzeitigen Abwärtstrend der E.ON-Aktie zu bremsen.

Theo Kersche

Steuerabkommen mit der Schweiz **Gift für deutsche Steuermoral**

Das paraphierte Deutsch-Schweizer-Doppelbesteuerungsabkommen, stößt offensichtlich in weiten Kreisen – besonders bei den nicht direkt Betroffenen – auf sehr wenig Verständnis oder gar Begeisterung. Gegenüber der „Leipziger Volkszeitung“ kritisierte den Plan Anfang August kaum überraschend auch Thomas Eigenthaler, Chef der Deutschen Steuergewerkschaft, als

schen Bundesrat mit deutlichen Worten auf, das vom Bundesfinanzminister vorgelegte Abkommen zu blockieren. Wenn man bedenke, dass sich doch „mindestens 150 Milliarden Euro“ an Steuerschwarzgeld, in der Schweiz befänden, sei es mehr als „merkwürdig“ oder zumindest „höchst blauäugig“, dass die Bundesregierung sich damit begnügen wolle, dass die Schweizer Banken



CDs sind weiter >in<: DSTG-Chef Thomas Eigenthaler



„Lieber gar kein Steuerabkommen als dieses“: Thomas Eigenthaler

„Gift für die Steuermoral in Deutschland“ und als eine „Veräppelung der ehrlichen Steuerzahler und derjenigen, die bisher durch Selbstanzeige hohe Nachversteuerungsleistungen erbracht haben“. Der frustrierte Gewerkschaftschef wurde weiter deutlich, als er resümierte: „Lieber kein Steuerabkommen als dieses.“ Eigenthaler forderte so auch den deut-

1,9 Milliarden Euro vorab als Ausgleich für das erst ab 2013 geltende Gesetz bereitstellen wollten. „Da müßte doch mindestens ein zweistelliger Milliardenbetrag fällig werden“, so schätzte Eigenthaler angesichts der Nachversteuerungssätze, die zwischen 19 und 34 Prozent liegen. Zudem führe das späte Inkrafttreten des Gesetzes höchst wahr-

scheinlich dazu, dass „gerade die kriminell erworbenen Schwarzgelder bis dahin unbeschadet weiter transferiert werden können“, sieht die Steuergewerkschaft voraus.

„Die Schweizer Banken schlagen sich bestimmt freudestrahlend und augenzwinkernd auf die Schenkel“, orakelte Eigenthaler.

Im Hinblick auf künftige weitere CD's mit heißen Steuersünder-Daten warnte Eigenthaler davor, den Schweizer Behörden und Banken „augenzwinkernd zu versprechen, ab 2013 würden keine CD's mehr gekauft.“ Aus Sicht des Gewerkschaftschefs gelte nach wie vor das Prinzip für den Staat: „Wir müssen weiterhin Steuersünder-CD's kaufen, sofern sie für die Steuerbehörden werthaltig sind. Und das kann man durch Stichproben ganz leicht ermitteln.“ Zum Glück, so Eigenthaler, sei der Bundesfinanzminister für die Steuern und die Justiz aber nur für die Strafverfolgung zuständig.

Theo Kersche